



Leitartikel

von Walter Hämmerle

Jörg Haider, Traditionalist

In der Nacht auf den 11. Oktober vor zehn Jahren starb Jörg Haider. Rund um diesen Anlass überschlugen sich die Analysen zu Leben und Wirken von Österreichs wohl bekanntestem Politiker nach 1945. Neues erbrachte das nicht wirklich, zu sehr blieben alle Beteiligten ihrer eigenen Biografie treu, die sie entweder zu Anhängern oder Gegnern der Haiderischen Projektionsfläche machte. In dieser Perspektive bleibt Haider für manche ein genialer, für andere ein dämonischer, stets aber irrlichternder Solitär am heimischen Politikfirmament. Das alles ist nicht falsch, viel zu kurz kommt dabei jedoch der Blick auf den Umstand, dass

Haider ein genuines Produkt der Republik ist. Diese Auslassung ist nicht zuletzt angesichts des Zusammenfalls von Haiders 10. Todestag und dem 100. Geburtstag der Republik bemerkenswert. So hat Haider die extreme Polarisierung nicht neu nach Österreich gebracht, er hat lediglich an die Traditionen der beiden Großparteien angeknüpft und diese neu verpackt. ÖVP und SPÖ haben bis in die 1960er Jahre hinein ihre Anhänger mit reinster Gräuelpromaganda über den Klassenfeind an die Wahlurnen getrieben, deren Schärfe und Polemik in Wort und Bild noch heute überascht. Die Erzählung von der Konsensdemokratie stimmt nämlich nur dann, wenn diese robuste Form der Basismobilisierung übersehen

Beim Rückblick auf Jörg Haider kommt zu kurz, wie perfekt er in die Traditionen der Republik passt.

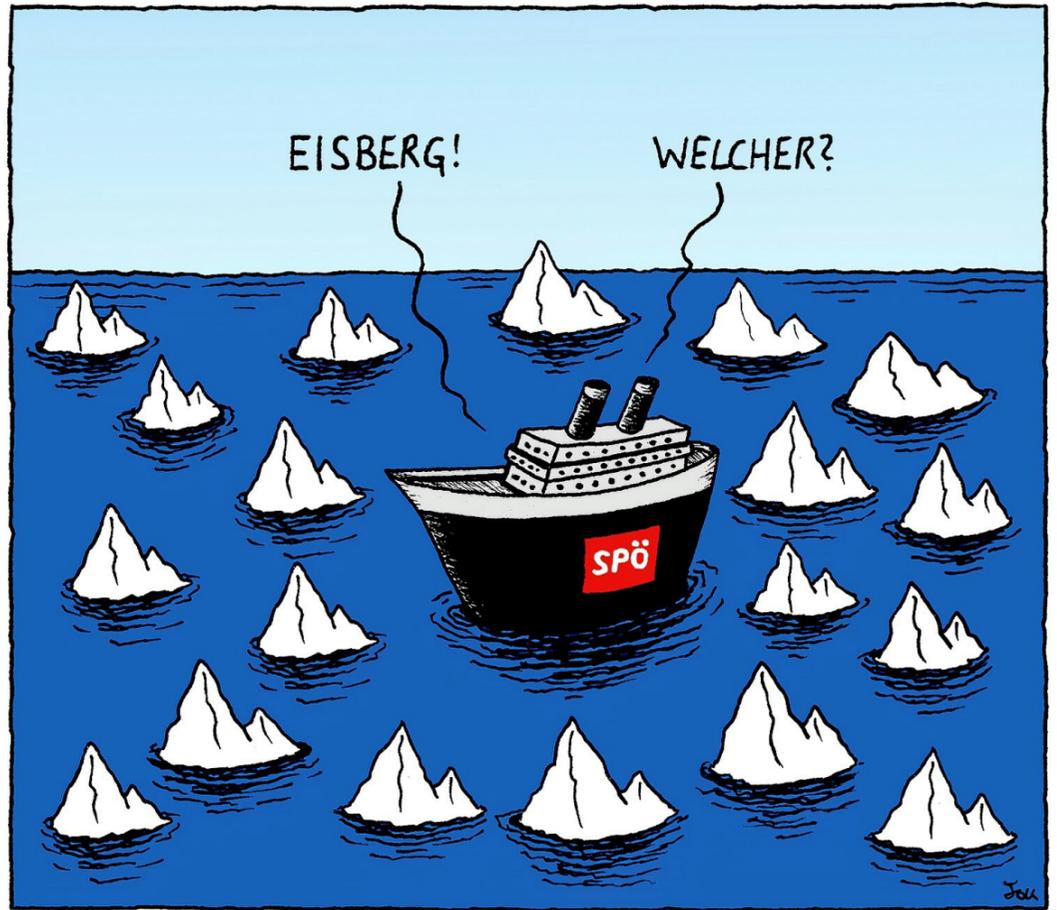
wird. Angesichts einer fast 130-jährigen Parteiengeschichte ist auch die Frage zulässig, ob nicht die rot-schwarze Doppel-Republik nach 1945 als Ausnahme von der Regel betrachtet werden muss. Und die dank Haider eingeleitete Neuetafelung eines Drei-Parteien-Systems die Rückkehr zu einer österreichischen Tradition Plus bedeutet, die Raum für Neues wie Grüne und Neos bietet.

Damit zwingend verbunden ist auch die Wiederkehr eines unablässigen Bemühens aller Parteien um Blockbildung mit dem Ziel, stabile Mehrheitskonstellationen zu begründen. Das war vor und nach dem Ersten Weltkrieg die parlamen-

tarische Praxis. Nach 1945 war es kein Geringerer als Bruno Kreisky, der dieses strategische Mittel zugunsten der SPÖ mit Verve verfolgte – ausgerechnet mit der Prä-Haider-FPÖ von Friedrich Peter und Norbert Steger. Haider war dann einfach selbstbewusst genug zu versuchen, das Spiel umzudrehen und als potenzieller Juniorpartner beide Großparteien gegeneinander auszuspielen. Die Post-Kreisky-SPÖ antwortete darauf mit der Tabuisierung der FPÖ, was ihr bis 2000 die Kanzlerschaft sicherte. Seitdem ist die FPÖ zurück im Wettbewerb um Mehrheiten, dabei jedoch offen in alle Richtungen. Aber auch das war keine Erfindung Haiders, sondern ein wohlbekannter Mechanismus aus den früheren Tagen der Republik.

leitartikel@wienerzeitung.at

Auch schon wurscht



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Daniel Jokesch

Zitate zum Tag

„Der Export dümpelt vor sich hin. Und das dicke Ende kommt wohl erst noch.“
DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier mit Blick auf den Zollstreit zwischen den USA und China

„Der Investitionsbedarf für Infrastruktur in der Region ist gewaltig.“
Zsuzsanna Hargitai, für den Westbalkan zuständige Regionaldirektorin der Entwicklungsbank EBRD

„Im Grunde hat die Europäische Kommission überhaupt nichts gegen chinesisches Kapital. Kapital bewegt sich frei, und Kapital für Infrastruktur ist willkommen. Aber Projekte, die China gerade in Griechenland, aber vor allem auch in den

ex-jugoslawischen Staaten gemacht hat, haben gezeigt, dass die regionale Wertschöpfung fehlt.“
Johann Sollgruber, Berater der EU in Handelsfragen

„Sie haben zum Beispiel eine Donaubrücke in Belgrad gebaut, aber die Ingenieure kommen aus China, der Stahl und der Beton und auch die Fachkräfte kommen aus China. Nach zwei Jahren wird das übergeben, und die Stadt Belgrad und Serbien zahlen dann die nächsten 40 Jahre 5 Prozent Zinsen an die chinesische Entwicklungsbank.“
Derselbe

„Es schaudert mich, wenn ich sehe, dass Hitlergruß und Hassparolen sich wieder auf

unseren Straßen breitmachen und geistige Brandstifter Menschen anderer Herkunft und anderen Glaubens ihre Menschenwürde absprechen. Gemeinsam müssen wir unsere Freiheit und unsere offene Gesellschaft verteidigen.“
Deutschlands Außenminister Heiko Maas

„Wir werden persönliche Treffen niemals ersetzen, und wir planen auch nicht, das zu tun.“
Andrew Bosworth, Vizepräsident bei Facebook für Virtuelle und Erweiterte Realität

„Wir waren gerade dabei, unsere Hochzeit zu planen, aber dann kam der Nobelpreis.“
Friedensnobelpreisträgerin Nadia Murad verschiebt nun die Feier

Gastkommentar

Die EU-Regionalpolitik braucht mehr Mut und mehr Vertrauen

Die Halbzeit der laufenden EU-Strukturfondsperiode von 2014 bis 2020 ist abgelaufen – welche Herausforderungen bringt die Periode ab 2020?

Von Martin Heintel

Die Gründungsideen und großen Leitlinien der jetzigen Europäischen Union wie Friedenssicherung und Solidarität sind von ihrer Bedeutung aktuell wie eh und je, ebenso wie die Römischen Verträge von 1957. Darin wird die Notwendigkeit festgehalten, „die Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand zwischen einigen weniger begünstigten Gebieten verringern“. Mittels Kohäsionspolitik und Transferleistungen in wirtschaftlich benachteiligte Regionen wird versucht, Rückstände zu kompensieren und Entwicklung zu gestalten. Eine Politik des Ausgleichs steht jedoch auch immer mehr einer europäischen wettbewerbsorientier-

ten Politik gegenüber, die Städte als Knoten der Weltwirtschaft sieht. Auch die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten wird mitunter schwer geprüft. Ländliche Regionen haben es in diesen Widersprüchen nicht immer leicht. Österreich ist ein geschätzter Partner innerhalb der EU. Es hat traditionell viele Kompetenzen im Bereich der ländlichen Entwicklung und der Regionalentwicklung im Speziellen. Österreich zeichnet sich durch ein gutes Kooperationsklima sehr vieler Akteure aus. Bund, Länder, Gemeinden, die Wirtschaft, intermediäre Dienstleister und Private wirken hier zusammen – um nur einige zu nennen. Dieses Prinzip einer Governance-Steuerung bringt es auch mit sich, dass die Mittelausschöpfung in der Vergangenheit auch immer gut gepasst hat und inhaltlich einzelne Projekte auch immer wieder als



Martin Heintel ist Professor am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Stadt- und Regionalentwicklung (Buchtipps: „Grenzen – Theoretische, konzeptionelle und praxisbezogene Fragestellungen zu Grenzen und deren Überschreitungen“).

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/gastkommentare

regionale Innovationsverstärker punkten konnten. Jetzt kommt das große Aber: Die errungenen Erfolge einer europäischen Regionalpolitik werden zunehmend durch deren Bürokratisierung konterkariert. Gestaltung steht permanent zunehmender Verwaltung gegenüber, der Aufwand wiederum dem Nutzen. Die Reformagenda wird durch neue Zusatzanforderungen in der laufenden Periode neutralisiert, „Simplification“ beziehungsweise „Vereinfachung“ zum wachsenden Unwort für ein Europa 2020. Allein in Österreich können sechs Prüfebeneen zur Anwendung kommen, der Mehrwert der EU-Projekte wird durch deren Abwicklungskomplexität zunehmend in Frage gestellt. Auch sind immer weniger potenzielle Begünstigte in der Lage, die Anforderungen zur Projektdurchfüh-

rung zu erfüllen. Jede Brüsseler Novellierung bedingt eine Kaskadierung, die innerhalb Österreichs noch weiter ausdifferenziert wird. Nicht nur die Leistungsfähigkeit der Behörden stößt schon langsam an ihre Grenzen, auch die Proportionalität von ausgezeichneten leitenden Grundgedanken der EU zu ihrer unmittelbaren Umsetzung gerät in Schiefelage. Diese Gedanken verstehen sich somit nicht als Kritik an der EU im Allgemeinen, sondern als spezifischer Appell, Prozesse in einer Solidargemeinschaft so gestaltbar zu machen, dass der Mehrwert auch in der Bevölkerung verstanden werden kann sowie Begünstigte ihre Projekte auch abrufen können. Mehr Mut (Innovation) und mehr Vertrauen sollten daher zukünftig einem Weniger an Bürokratie und Kontrolle gegenüberstehen.

gastkommentar@wienerzeitung.at